



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Referat 131

Angelegenheiten des
Bundesministeriums der Justiz und
für Verbraucherschutz, Justizariat,
IFG-Koordination

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 30 18 400 - 0
FAX +49 30 18 400 - 2357
MAIL poststelle@bk.bund.de

BETREFF Anfrage nach dem
Informationsfreiheitsgesetz (IFG)
AZ 13 IFG - 02814 - In 2020 / NA 217
BEZUG Ihre Anfrage vom 27. August 2020

Berlin, 28. September 2020

Sehr gee

mit Schreiben vom 27. August 2020 beantragten Sie u. a. auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) im Zusammenhang mit der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und den Regierungschefs der Länder am 27. August 2020 die Zusendung

„eine[r] Beschlussvorlage zur Verschärfung der Corona-Regeln.“

Auf Ihren Antrag ergehen folgende **Entscheidungen:**

1. Ihr Antrag wird abgelehnt.
2. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

Gründe:

I.

§ 1 Abs. 1 IFG eröffnet jedermann gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen, wenn und soweit keine Ausschlussgründe der §§ 3 ff. IFG oder ungeschriebene Versagungsgründe entgegenstehen.

Ihr Antrag ist abzulehnen, da in Bezug auf die von Ihnen begehrten Informationen folgende Versagungsgründe vorliegen:

Schutz behördlicher Beratungen und des behördlichen Entscheidungsprozesses, § 3 Nr. 3 lit. b und § 4 Abs. 1 IFG sowie Schutz des Kernbereichs exekutiver Eigenverantwortung

Dem von Ihnen begehrten Informationszugang steht der **Schutz von behördlichen Beratungen (§ 3 Nr. 3 lit. b IFG)** und von **behördlichen Entscheidungsprozessen (§ 4 Abs. 1 IFG)** entgegen. Danach ist der Informationszugang ausgeschlossen, wenn und solange durch die Bekanntgabe der begehrten Informationen die Beratungen von Behörden beeinträchtigt werden oder hierdurch der Erfolg der Entscheidung oder bevorstehender behördlicher Maßnahmen vereitelt würde.

Durch § 3 Nr. 3 lit. b IFG werden Beratungen von Behörden auf zwischen- und innerbehördlicher Ebene, zwischen Exekutive und Legislative und zwischen Behörden, wie auch sonstigen Einrichtungen und Organisationen wie etwa Forschungseinrichtungen erfasst.

Eine Herausgabe der von Ihnen beantragten Information, der Beschlussvorlage zur Bekämpfung der Sars-Cov2-Pandemie der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 27. August 2020, liefe auf eine solche Beeinträchtigung der im Bundeskanzleramt aktuell in einer Vielzahl stattfindender und noch fortdauernder behördlicher Beratungs- und Entscheidungsprozesse hinsichtlich des Themenbereichs „Corona“ hinaus.

Der Schutz eines unbefangenen und freien Meinungsaustauschs innerhalb der Bundesregierung wie auch mit anderen Behörden und Organisationen, mit dem Ziel eine effektive, funktionsfähige und neutrale Entscheidungsfindung zu gewährleisten, würde durch ein Bekanntwerden der von Ihnen beantragten Informationen beeinträchtigt werden.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Pandemie in Deutschland noch fort dauert. Die Entwicklung der Pandemie ist dynamisch und verändert sich ständig. Die getroffenen Maßnahmen, insbesondere diejenigen, die zur Beschränkung sozialer Kontakte und des öffentlichen Lebens führen, werden beständig geprüft und gegebenenfalls überarbeitet. Die Wirkung beschlossener Maßnahmen wird von der Bundesregierung ebenfalls aufmerksam beobachtet, um adäquat reagieren zu können, sollte das Infektionsgeschehen dies erfordern. Hierzu bedarf es auch derzeit ständiger Beratungen, die aus nachvollziehbaren Gründen nicht öffentlich geführt werden können und deren Inhalt schutzwürdig ist.

Dieses **berechtigte schutzwürdige Interesse** an einem geschützten Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses, der einen nicht ausforschbaren Initiativ-, Beratungs- und Handlungsbereich einschließt, ist zudem geschützt durch den nach der höchststrichterlichen Rechtsprechung anerkannten ungeschriebenen Ausschlussgrund des **Schutzes des Kernbereichs exekutiver Eigenverantwortung**. Eine Veröffentlichung der beantragten Informationen wäre daher geeignet, zukünftige Beratungen zu beeinträchtigen. Zudem unterliegen die konkreten Beratungen und Verhandlungslinien, soweit Schutzlücken verbleiben sollten, dem Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung.

Aus den vorgenannten Gründen lehne ich Ihren Antrag auf Zugang zu amtlichen Informationen ab.

Unabhängig davon teile ich Ihnen mit, dass Sie den auf der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder gefassten Beschluss vom 27. August 2020 zur Bekämpfung der Sars-Cov2-Pandemie auf der Internetseite der Bundesregierung unter folgendem Link einsehen können:

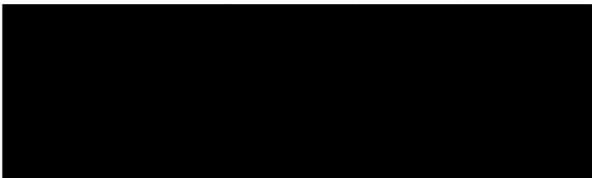
https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:LU0HQ7G6HbEJ:https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1780568/2f9c77a8e8a549bcac8123fbeff4ee27/2020-08-27-beschluss-mpk-data.pdf%3Fdownload%3D1+%&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=dehttps://www.gesetze-im-internet.de/bkorgel_2018/BJNR037400018.html

II.

Gemäß § 10 Abs. 1 und Abs. 3 IFG in Verbindung mit der Informationsgebührenverordnung fallen keine Kosten an.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Den Widerspruch können Sie schriftlich oder zur Niederschrift beim Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin, einlegen. Ich weise darauf hin, dass für die vollständige oder teilweise Zurückweisung eines Widerspruchs eine Gebühr in Höhe von mindestens 30,00 Euro anfällt.